61. Jahrgang No. 65

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 8. Februar 1913

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg u. Sachsen 20 Pf. wöchentlich bezw. 85 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährlich M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131-10148. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-5, Frankfurter Allee 91-93, Grosse Frankfurter Str. 21, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 4, Schönhauserdamm Str. 27, Bahnstr. 50, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 40, Hallesches Tor 3, Potsdamer Strasse 35, Leipziger Str. 135, Blücherstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 34, Schlossstr. 22, Friedenau: Rheinstr. 29; Halensee-Grunewald: Hauptverkehrsstr. 41, Kaiserallee 191, Lichterfelde-W.: Hauptstrasse 4, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 139; Lichtenfelde-W.: Hauptstr. 1-3, Neukölln: Berliner Strasse 41; Pankow: Florastr. 15; Reinickendorf: Berlinerstr. 26-34, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Schöneberg: Hauptstr. 96-98, Tempelhof: Berliner Str. 100-102, Weissensee: Berliner Allee 28, Wilmersdorf: Uhlandstr. 86-89, Brandenburg: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Hierzu die Wochenbeilagen:
„Illustrierte Familien-Zeitung" No. 6 und „Illustrierte Kinder-Zeitung" No. 3.

Der zweite Vorstoß der Schwarzblauen.

Delbrück gegen die Konservativen.

Auf die Kardorffiade im Abgeordnetenhause ist gestern im Reichstage ein neuer Doppelangriff der konservativ-klerikalen Koalition gegen das Reichsministerium Bethmann-Delbrück erfolgt, und zwar nach dem bewährten strategischen Grundsatze: Getrennt marschieren, vereint schlagen. In der Budgetkommission ging das Zentrum vor, indem es, wie schon gemeldet, den vom Reichsmarineamt geforderten Posten eines Direktors für das Etatsdepartement ablehnte. Das Verfahren der Ultramontanen wurde dadurch schlagend gekennzeichnet, daß diese Forderung von den Sozialdemokraten und der Linken überhaupt als durchaus berechtigt anerkannt wurde. Man soll hierauf bei den Zentrumsherren einige verdutzte Gesichter gesehen haben.

Im Plenum nahmen die Konservativen Rache für des Staatssekretärs Dr. Delbrück ablehnende Haltung gegen ihre Streikpostenresolution und für sein Vorgehen in der Wohnungsfrage. Graf Westarp hatte den Auftrag übernommen, dem Staatssekretär das konservative Mißtrauensvotum auszusprechen. Er verschanzte sich hierbei wieder hinter das angeblich vom Reiche beanspruchte Recht, die Einzelstaaten zu kontrollieren und hielt eine Generalanklagerede über Eingriffe des Reichstags in die Angelegenheiten der Bundesstaaten, durch die ein Pfeiler der Bundesverfassung nach dem anderen untergraben würde. Lebhafte Hu-Hu-Rufe der Linken kennzeichneten den Wert dieser Kapuzinade: die konservativen Partikularisten als Schützer des Reiches — in der Tat ein Bild für Götter!

Staatssekretär Delbrück gab unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des gesamten Hauses eine Antwort, die eine runde und nette Absage an die Konservativen bedeutet; solche Worte hatte man seit den Tagen Dernburgs und Wermuths am Bundesratstische nicht mehr vernommen, und die Ablehnung, die der Staatssekretär den Herrschaften außerhalb des Hauses zuteil werden ließ — jeder weiß, wer gemeint ist — wird neue Wutausbrüche und Verdächtigungen in der konservativen Presse zur Folge haben. Nach einer erschöpfenden Darstellung der Entwickelung der preußisch-deutschen Wohnungsangelegenheit, die keinen Angriff gegen irgendeinen Bundesstaat bedeute, wandte sich der Staatssekretär mit einer das höchste Auffehen erregenden Offenheit gegen die von den Konservativen gegen ihn inszenierte Hetze. Mit einer nicht mißzuverstehenden Deutlichkeit charakterisierte er die ihm von dem kryptoklerikalen, äußerlich noch konservativen Abgeordneten Dr. Oertel gemachte Zumutung, er solle (natürlich gegen die Sozialdemokratie) mehr Mut, mehr Entschlossenheit zeigen. „Mut und Entschlossenheit bei einem Staatsmann", so erklärte Dr. Delbrück mit feiner Ironie, „dokumentieren sich im allgemeinen nicht darin, daß er gegen seine Ueberzeugung die Rezepte anderer Leute ausführt, sondern darin, daß er sich leiten läßt von seiner Ueberzeugung."

Diese unverblümte Ablehnung der Zumutung, sich nach berühmtem Muster als „der junge Mann" der Konservativen zu fühlen und danach die Geschäfte zu führen, ist eine Tat, die dem Staatssekretär zur höchsten Ehre gereicht, und der lebhafte Beifall der Linken begleitete diese an sich selbstverständlichen, im deutschen Reichstag aber unter den heutigen Verhältnissen leider in ihrer Art selten gewordenen Worte.

Nicht minder stark wirkten die Bemerkungen des Staatssekretärs über den grundsätzlichen Unterschied zwischen ihm und den Konservativen in der Beurteilung der Sozialdemokratie und der Sozialpolitik. Lebhafter Beifall der Linken und des Zentrums, das damit offenbar einen feinen Schachzug zu seiner Rückendeckung zu machen glaubte, folgte der bedeutsamen Rede.

Die recht begossen dasitzenden Konservativen suchten sich mit den unglücklichsten Wendungen herauszureden; ihnen sprangen die Reichsparteiler Dr. Arendt und Schultz bei, von denen Dr. Arendt unfreiwillig komisch wirkte, während Herr Schultz in seiner bekannten Ungeschicklichkeit mit der Bemerkung, der Reichstag maße sich an — das sagt ein Reichstagsabgeordneter! — einen berechtigten Sturm der Entrüstung heraufbeschwor. Unter lebhafter Bewegung des Hauses ging die diesjährige Beratung des Etats des Innern zu Ende.

Staatssekretär Delbrück hat durch seine gestrige Rede bewiesen, daß er sich stark genug fühlt, es auf eine Fehde mit der Rechten ankommen zu lassen. Ob er bei ihrer schwierigen Durchführung — mit was für vergifteten Waffen die Konservativen zu kämpfen gewohnt sind, weiß man seit den Tagen eines Waldeck — beim Reichstag und bei der Regierung die Unterstützung finden wird, die er braucht, das bleibt allerdings abzuwarten.

Ein merkwürdiges offiziöses Dementi ist gestern abend von der „Nordd. Allg. Zeitung" veröffentlicht worden:

Im Laufe der letzten Wochen sind mehrfach in der Presse anscheinend aus hiesigen Korrespondenzen stammende Aufsätze erschienen, welche teils besondere die Reichsschatzverwaltung berührende Fragen (Besitzsteuer, Stempelsteuer, Leuchtölgesetz, Veteranenbeihilfe u. a.) betrafen, teils allgemein sich mit den Finanzen des Reichs und den Finanzplänen der Reichsleitung für die nächste Zukunft beschäftigen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist festzustellen, daß keiner dieser Aufsätze amtlichen Ursprungs ist.

Dieses eigenartige Dementi liefert den untrüglichen Beweis, daß in den Reichsämtern in bezug auf die Finanzpläne noch alles im Dunkeln tappt. Denn wenn schon ein festes Programm existierte, so wären die Offiziösen schon längst im Sinne des Programms bearbeitet worden.

Kurze Chronik.

• Die „Königsche Zeitung" erhält ein längeres Telegramm aus Dedeagatsch, das besagt, daß nach Briefen aus Adrianopel, die durch Ueberläufer angekommen sind, dort alle Reichsdeutschen wohlauf sind.

• Die belgische Kammer hat die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts abgelehnt. Der Sozialistenführer Vandervelde bezeichnete daraufhin den Generalstreik als unvermeidlich.

Die „Agenzia Stefani" meldet aus Paris, daß die französische Regierung beschlossen habe, die französische Post in Tripolis aufzuheben.

• Näheres im Text des Blattes.

Veteranenfürsorge und Geburtenrückgang.

Die rührende Veteranenfreundschaft der Konservativen wurde gestern im Abgeordnetenhause wieder einmal offenkundig, als in einer Auseinandersetzung über dieses traurige Thema der Herr v. Pappenheim brutal hineinschrie: Schluß der Debatte! In der Tat, unsere Hochagrarier und regierenden Junker haben keine Zeit, sich mit solchen nebensächlichen Dingen zu beschäftigen, die obenein noch Geld kosten. Ja, wenn es sich noch um neue Liebesgaben gehandelt hätte! Vom Regierungstische wurden die darbenden alten Krieger wieder einmal mit der schönen Redensart abgespeist, daß „preußischerseits" für sie alles Wohlwollen herrsche. Wenn ihnen das nicht genügt ....

Durch die an das Veteranenkapitel sich anschließende Verhandlung über das Medizinalwesen zog sich als roter Faden die Klage über den Geburtenrückgang. Gegenüber dem Gezeter in der konservativen Presse über die angeblich zunehmende Verschwendungs- und Genußsucht im Volke — man denke an die Karbonaden des Grafen Schulenburg — vertrat der Abgeordnete Dr. Mugdan (Fortschrittliche Volkspartei) die Anschauung, daß die Einschränkung der Kinderzahl in den meisten Fällen auf einer strengeren Auffassung der Pflichten der Eltern gegen die Kinder beruht als auf wirtschaftlichen Gründen, und der Abgeordnete Ströbel (Sozialdemokrat) fügte hinzu, daß durch eine Hebung der wirtschaftlichen Lage und durch wirkliche Wohnungsfürsorge der Geburtenrückgang sich aufhalten läßt. Da der Ministerialdezernent Geheimrat Dr. Kirchner erklärte, daß wir uns über diesen Rückgang noch nicht zu beunruhigen brauchen, da auch die Sterbeziffern außerordentlich zurückgehen, so kann das Vaterland einstweilen noch ruhig sein. Auch der nationalliberale Dr. Arning darf auf das Wiedererwachen des „heroischen Geistes" im Volke hoffen, den er in seiner gestrigen Rede schmerzlich vermißte. Die Beratung des Etats des Innern geht heute voraussichtlich zu Ende.

Der Rückgang der Viehzucht in Deutschland

ist nicht bloß in Mecklenburg auffallend stark. Ein aufmerksamer Leser unseres Blattes, angeregt durch unseren Artikel „Aus dem Lande des Ochsenwappens", übersendet uns die amtlich festgestellten Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Dezember 1912 im Landkreise Emden in Ostfriesland, also einer Gegend, in der die Viehzucht eine große Bedeutung hat. Man ersieht aus der amtlichen Statistik, daß seit dem 1. Dezember 1911, also in einem einzigen Jahre, der Rindviehbestand dieses Kreises von 18 426 auf 17 712 Haupt, der Schafbestand von 6058 auf 5535 und der Schweinebestand von 12 678 auf 10 115 Stück gesunken ist. Und diese enorme Verminderung hat sich vollzogen, trotzdem sich in derselben Zeit die Zahl der viehhaltenden Haushaltungen von 3902 auf 3960 gehoben hat.

Auch aus diesen Ziffern geht hervor, daß die agrarische Lüge, Deutschland produziere Schlachtvieh genug, um seine Bevölkerung ohne Zufuhr ausländischen Viehes genügend mit Fleisch versorgen zu können, durch und durch hinfällig ist. Schon der Stillstand in der Viehproduktion wäre eine Kalamität, da die Bevölkerung des Deutschen Reiches durchschnittlich um 900 000 Menschen jährlich zunimmt. Der starke Niedergang der deutschen Viehzucht aber zeigt, was von den agrarischen Kardinalklagen zu halten ist. Um so unverantwortlicher ist die agrarische Wirtschaftspolitik, die die Grenzsperre gegen das Lebensinteresse der Konsumenten unentwegt aufrechterhält.

In Pastor Jathos Befinden ist, wie uns ein Privat-Telegramm aus Köln meldet, gestern erneut eine Wendung zum Schlimmen eingetreten. Bei Oeffnung des Verbandes zeigte sich, daß sich ein neuer Abzeß am Knie gebildet hatte, so daß heute ein erneuter operativer Eingriff notwendig wird. Der Patient leidet unsägliche Schmerzen. Die Teilnahme ist in der Bürgerschaft allgemein.

Die westeuropäischen Schiffsverbindungen nach Sibirien. Aus Petersburg wird uns telegraphisch berichtet: Eine ministerielle Kommission hat gestern über die Organisation der Schiffsverbindungen von Westeuropa nach den Mündungen des Ob und Jenissei beraten. Der Verkehr über das Karameer wurde unter gewissen Bedingungen als vollkommen durchführbar bezeichnet, und zwar durch eine regelmäßige Garantie der Verkehrsentwicklung, bestehend in der staatlichen Unterstützung eines Privatunternehmens auf mindestens fünf Jahre. Eine Zollbegünstigung bei der Einfuhr von fremden Waren wurde als ungeeignet angesehen.

Zwei Marineflieger ertrunken.

(Telegraphische Berichte.)

Danzig, 7. Februar.

Kapitänleutnant Jeneßky und Obermaschinistenmaat Dietmann, die heute vormittag 10 Uhr in Putzig auf dem Flugzeug „Westpreußen" zu einem Ueberlandflug nach Stolp aufgestiegen waren, mußten wegen widriger Winde bei Neustadt umkehren und in Danzig landen. Sie stiegen um 4 Uhr zur Rückfahrt nach Putzig wieder auf. Ueber dem Meere bei Joppot brach plötzlich der eine Flügel des Flugzeugs, das ins Meer stürzte. Beide Flieger fanden den Tod in den Wellen. Das Flugzeug ist noch nicht geborgen.

Danzig, 7. Februar.

Der mit seinem Begleiter auf dem Ueberseeflug abgestürzte und tödlich verunglückte Kapitänleutnant Jeneßky gehörte dem Seekadettenjahrgang 1900 an, war seit 25. April 1912 Kapitänleutnant und war zu der Marineflugstation Putzig kommandiert. Der Absturz erfolgte aus hundertfünfzig Meter Höhe. Der Apparat ist vollständig zertrümmert. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Generalstreik in Belgien.

Der sozialistische Wahlrechtsantrag abgelehnt.

(Telegraphischer Bericht.)

Brüssel, 7. Februar.

Die Kammer beendete heute die Diskussion über den Antrag der Sozialdemokraten, eine Verfassungsrevision im Sinne des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in die Wege zu leiten und verwarf diesen Antrag mit 99 gegen 88 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Vor der Abstimmung verlas der Abgeordnete Vandervelde im Namen der sozialistischen Fraktion eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß nunmehr nach Lage der Sache der **Generalstreik unvermeidlich** geworden sei, das heißt, daß die Arbeiter zwinge, ihrerseits die äußersten Schritte zu unternehmen.

Die neuen Kämpfe am Balkan.

(Telegraphische Berichte.)

Sofia, 7. Februar.

An dem gemeldeten Kampfe südlich des Kawakflusses nahm auch die türkische Flotte teil. Ihr Feuer fügte aber den bulgarischen Truppen keine Verluste zu. Bei Tschatalscha gingen mehrere türkische Infanteriebataillone, von der Artillerie des Forts unterstützt, gegen das Dorf Izzedin vor und versuchten, auf das rechte Ufer des Karasu zu gelangen. Sie wurden von den bulgarischen Vorposten zurückgeworfen und kehrten mit empfindlichen Verlusten in ihre Stellungen zurück. — Die Beschießung Adrianopels dauert fort.

Rücktritt des Exkasministers.

Konstantinopel, 7. Februar.

Der Exkasminister Hairi Pascha ist zurückgetreten, weil er, wie verlautet, die Verantwortung für die Leistung der Vorschüsse aus dem Reservefonds der Vakufgüter an die Regierung nicht übernehmen wollte. An die Stelle Hairis tritt interimistisch der Justizminister Ibrahim Pascha.

Die albanische Frage.

London, 7. Februar.

Wie das Reutersche Bureau hört, haben die Botschafter bei ihrer gestrigen Sitzung die albanische Frage besprochen. Viele Erwägungen über den großen Umfang des Gegenstandes führten dazu, daß die Diskussion nur ganz allgemein gehalten wurde.

In manchen Kreisen hat man das Gefühl, daß nach verschiedenen Richtungen hin die Lage in angemessener Weise **nur an Ort und Stelle** behandelt werden kann, und daß es hierfür vielleicht **notwendig** sein wird, **eine internationale Kommission** einzusetzen.

Die türkische Kriegsanleihe.

Konstantinopel, 7. Februar.

Ueber die türkische innere Anleihe sind zunächst unrichtige Meldungen verbreitet worden. Das Communiqué des Finanzministers liegt jetzt im Wortlaut vor und besagt: Um den außerordentlichen Kriegsausgaben gerecht zu werden, wendet die Regierung sich an die Hilfe aller Ottomanen. Sie hat als wirksamstes Mittel die durch kaiserliches Dekret sanktionierte Emission einer inneren Anleihe beschlossen. Zu diesem Behufe wird die Regierung unverzüglich fünfprozentige Schatzscheine im Be-